



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VIII/178 - 3.8.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Unverständliche Entscheidungen der Justiz	S. 1
Die sowjetrussische Staatsschuld	S. 3
Wahlkampfsplitter	S. 5
Zurechtgewiesene Verleumdung	S. 6
Die Alliierten des Kanzlers	S. 7

Keine Verleumdung ?

Dr. R. Die 5. Zivilkammer des Landgerichts in Köln hat sich in einem heute verkündeten Urteil auf den Standpunkt gestellt, die Behauptung des "Schnelldienstes des Deutschen Industrieinstituts", die SPD sei kommunistisch unterwandert, sei keine Beleidigung, denn sie enthalte keinen ehrenkränkenden Vorwurf. Der Antrag des SPD-Vorstandes, dem Industrieinstitut die Aufrechterhaltung und Verbreitung seiner Behauptung zu untersagen, wurde zurückgewiesen. Der SPD-Vorstand hat bereits gegen das Urteil des Landgerichts beim Oberlandesgericht Köln Berufung eingelegt. Außerdem wurde nunmehr gegen die für den Inhalt des sogenannten "Schnelldienstes" des Deutschen Industrieinstituts verantwortlichen Geschäftsführer Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

Von sozialdemokratischer Seite wird darauf hingewiesen, daß das Urteil des Kölner Landgerichts bedenkliche Auswirkungen auf das Niveau des Wahlkampfes haben könne. Der Standpunkt der Zivilkammer sei schlechthin unverständlich. Es möge vielleicht nicht ehrenkränkend sein, wenn behauptet werde, eine demokratische Partei sei von Anhängern einer anderen demokratischen Partei unterwandert. Der Vorstand einer demokratischen Partei wird aber auf jeden Fall verächtlich gemacht und in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt, wenn behauptet wird, seine Partei sei von antidemokratischen Kräften, wie den Kommunisten, tatsächlich unter-

wandert, denn in dieser Behauptung liegt der Vorwurf, der Vorstand habe es dazu kommen lassen, und somit seine verfassungsmäßige Pflicht, antidemokratische Kräfte abzuwehren, vernachlässigt. Die SPD wehrt sich mit Entschiedenheit gegen den Vorwurf des Deutschen Industrieinstituts. Sie ist in ihren Reihen frei von Feinden der Demokratie. Es ist bekannt, daß jeder, der sich als Anhänger antidemokratischer Tendenzen zeigt, aus der SPD ausgeschlossen wird.

In seiner Antragsabwehrung hatte das Industrieinstitut sich im wesentlichen auf kommunistische Zeitungsmeldungen bezogen, in denen behauptet wurde, Sozialdemokraten hätten sich im Sinne der "Aktionseinheit" ausgesprochen. Der SPD-Vorstand stellt dazu fest, ^{dass} wie allgemein bekannt ist, daß kommunistische Pressemeldungen sich in fast allen Fällen als erfunden und erlogen erweisen. Das hätte auch das Industrieinstitut wissen müssen.

Bezeichnend ist auch der Versuch des Industrieinstituts, eine Schumacher-Rede aus dem Jahre 1946 (!) als "Beweis" dafür heranzuziehen, daß die SPD zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit sei. Das Industrieinstitut hat den von ihm zitierten Satz nicht nur aus dem Zusammenhang der Rede herausgerissen, sondern sogar noch sinnentstellend kuptiert. Der Satz lautet vollständig: "Eine konkrete gemeinschaftliche Arbeit mit der Kommunistischen Partei ist möglich, genau so wie sie mit allen anderen Parteien möglich ist, aber die Voraussetzung ist immer, daß man nicht versucht, uns zu belügen, uns zu unterhöheln oder uns führen zu wollen".

Im Zusammenhang mit dem Urteil des Landgerichts Köln wird vom SPD-Vorstand auch auf einen kürzlich ergangenen Bescheid des Oberstaatsanwalts in Hannover hingewiesen. Dieser hat ein von den Schwestern des verstorbenen SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher beantragtes Strafverfahren gegen den DP-Journalisten Olaf Mumm eingestellt. Mumm hatte Dr. Schumacher als "einen der sozialistischen Cäsaren" bezeichnet, die "die Völker leichtfertig von einem Unglück ins andere stürzten". Außerdem hatte er den verstorbenen SPD-Vorsitzenden mit Stalin und Hitler auf eine Stufe gestellt. Der Oberstaatsanwalt in Hannover sah in diesen Äußerungen Mums nur ein "geschichtliches Werturteil", aber keine Verunglimpfung des Andenkens des Verstorbenen.

Bei einer solchen Auslegung der Beleidigungstatbestände unseres Strafgesetzbuches durch einzelne Gerichte und Staatsanwaltschaften wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die Verleumdungskampagne der Gegner der Sozialdemokratie im Wahlkampf zum zweiten Deutschen Bundestag bisher nicht gekannte Formen annimmt.

250 Milliarden StaatsschuldenVon Dr. h. c. Kurt Heinig, Stockholm

Budgetdefizite und Staatsschulden sind in der kommunistischen Staatslehre bekanntlich kapitalistische Fäulniserscheinungen. Der einberufene aber auf den 5. August vertagte tausendköpfige Gesangverein (Oberster Sowjetkongreß) wird dennoch nicht nur Berias Fahrt in die Hölle sondern auch das Budget für 1953 (das Budgetjahr hat bereits am 1. Januar begonnen) mit einem Defizit und einer neuen Anleihe zu bestätigen haben. Bekanntlich schließen seit Kriegsende die Budgets der Sowjetunion alljährlich wieder mit einem kleinen Überschuß ab, der dadurch erreicht wird, daß das reale Defizit durch eine Zwangsanleihe, die "freiwillig" ist, gedeckt wird.

Vor dem zweiten Weltkriege hatte die Sowjetunion bereits 50 Milliarden Rubel Staatsschulden aus inneren Anleihen. Während des Krieges schöpfte sie aus dem Arbeitseinkommen neben der stark gesteigerten Umsatzsteuer und anderen Steuern weitere 76 Milliarden Rubel als sogenannte Anleihen ab; dann 1946 weitere 25,5 Milliarden. Diese Anleihen es waren die Sparpfennige des Volkes - wurden mit einer Währungsreform 3:1 zusammengestrichen (bares Geld 10:1). Die alten Anleihen wurden zu einem neuen Währungsblock zusammengeschlagen. Das ergab 50 Milliarden abgewertete Anleihen. Dann verlief die Staatsschuld wie folgt:

Stand der russischen Staatsschuld

1946 Bestand	50.0	Milliarden Rubel	(abgewertet)
1947 neue	26.0	"	"
1948 "	24.0	"	"
1949 "	24.9	"	"
1950 "	31.0	"	"
1951 "	33.3	"	"
1952 "	42.5	"	"
1953 "	15.4	"	"

zusammen 247.1 Milliarden Rubel

Wieviel ist das in deutscher Mark? Am 1. März 1950 ist von den Russen der amerikanische Dollar von 5 Rubel 40 Kopeken auf vier Rubel herabgesetzt worden, der Rubel wurde also in seinem internationalen Verrechnungswert "heraufgesetzt". Wird diese einseitige Operation als richtig angenommen, dann entsprechen die derzeitigen sowjetrussischen inneren Staatsschulden einem Betrag von zweihundertundfünfzig Milliarden DM.

Offensichtlich hat die alljährliche Abschöpfung der Einkommen, zuletzt im besonderen im Wettlauf mit der durch den Koreakrieg provozierten Aufrüstung der freien Welt, die Schraube überdreht, d.h., die Geduld des russischen Volkes allzusehr belastet. Noch im vergangenen Jahr mußten vier Wochen des Jahresverdienstes "freiwillig" gezeichnet werden. Diesesmal sind es nur zwei Wochen Lohn, die vom Staat aus der Konsumtionskraft des Volkes herausgepreßt werden. Das ist praktisch eine in Aussicht stehende Lohnerhöhung, denn die Einzahlungen auf die Anleihe sollen nicht sofort, sondern in kleinen Raten bis zum 1. April 1954 einbehalten werden. Die in Aussicht stehende Lohnerhöhung beträgt allerdings nur 4%, aber das bedeutet für den russischen Arbeiter schon außerordentlich viel, zumal man ihm auch Preissenkungen versprochen hat.

Auch die diesjährige "Staatsanleihe zur Förderung der Nationalökonomie der UdSSR" wird, wie der offizielle Text des Anleiheprospektes in der "Prawda" besagt, in Stücken von 500, 200, 100, 50, 25 und zehn (!) Rubel ausgegeben. Die Zinsen werden verlost. Der höchste Gewinn ist 10000 Rubel auf 100 Rubel-Anteile.

In der Anweisung für die Anleihewerbung ist vorgeschrieben, daß sie in den Betrieben, Verwaltungen, Kolchosen usw. durch besondere Agenten erfolgt. Die Anleihe sei völlig freiwillig, es sei aber unerlässlich, daß die Einzeichnungsorganisation wirksam arbeite. Die örtliche Parteiorganisation hat alle vierzehn Tage zu kontrollieren, daß die Zahlungen erfolgen. Die Summe ist bis spätestens April 1954 in Raten zu erlegen, aber die Bauern dürfen bis zum Abschlußtermin mit der Einzahlung warten und dann in einer Summe zahlen. Inzwischen ist die Anleihe überzeichnet worden - mit 400 Millionen - es sind also 15,4 Milliarden Rubel gezeichnet worden.

Es ist sichtbar, daß die "Halbierung" des Anleihebetrages für 1953/54 gegenüber 1952 beruhigend wirken soll. Nicht sichtbar ist bisher, ob etwa durch erhöhte Umsatzsteuereinnahmen die Arbeiter auf einem anderen Wege die Erleichterung mit unsichtbarer Besteuerung auszugleichen haben. Das wird das neue Budget erweisen, über das der Oberste Sowjet am 5. August sich begeistert und zustimmend äußern wird.

Wahlkampfplitter

b. Der Wahlkampf geht auf seinen Höhepunkt zu - Stilblüten wuchern üppig, die Bilder werden immer kühner. Als Beispiel eine treffliche Schilderung des Bundeskanzlers:

"Natürlich versteht er sich auf alle Tricks des innenpolitischen Dschungels. Er faßt den Stier bei den Hörnern oder beim Schwanz, je nachdem. Er hat schon manchem, ehe sich dieser versah, ein Bein gestellt. Wahrscheinlich hat er seine Linke hin und wieder tun lassen, wovon seine Rechte ahnungslos war. Er kann rücksichtslos und manchmal auch böse sein. Er ist mehr für Parlieren denn für Parlieren".

Und wer das geschrieben hat? Nun, kein böser Sozialdemokrat, sondern der Chefredakteur der "Ruhr-Nachrichten", Robert Schmelzer, am 26. Juli 1953. Wahrlich, genau das sind die Eigenschaften, die wir bei einem Bundeskanzler nicht missen möchten!

x

Doch was nützt die beste Schilderung des Kanzlers, wenn man diesen "schweigsamen Indianer am Lagerfeuer der Politik", wie ihn die gleiche Zeitung titulierte, nicht auch von Angesicht zu Angesicht sehen kann! Gemach, wackere Bundesrepublikaner, auch dafür ist gesorgt. Der Wahlzug-Schlachtplan des Kanzlers, der in mehreren Blättern veröffentlicht wurde, mit Vergleichszahlen des Erdumfangs, sieht nämlich vor, daß der Kanzler nicht nur große Orte besuchen wird. Keine übertriebenen Hoffnungen - sprechen wird er natürlich nicht, wenn eine Stadt nur 20000 Seelen aufzuweisen hat. Aber seine Wagenkolonne ist angewiesen, in diesen Orten langsam zu fahren und ab und zu sogar zu stoppen. Also wenn der schwarze Mercedes mit dem Stander und heulenden Polizeisirenen anbraust und plötzlich sein Tempo verlangsamt, dreimal Hurrah! (nein, noch nicht Heil!) gerufen, denn es könnte ja der Kanzler sein.

x

Die Organisation der Kanzlerversammlungen ist natürlich muster-gültig. Die geschwätzigen "Ruhr-Nachrichten" verraten es, wie es in Dortmund war und anderswo sein wird. "18000 Menschen sind" - nämlich - "glücklich" - gewesen - "eine der nach sorgfältig gewähltem Schlüssel verteilten Eintrittskarten bekommen zu haben". Ja, nun schreit ihr Unglücklichen, wenn ihr draußen vor der Kanzler-Tür stehen werdet. Der Schlüssel paßt nicht, denn vielleicht wäre unter euch ein böser Bube, der innerlich - denn bei äußeren Anzeichen greift die Polizei oder der christlich-demokratische Saalschutz ein - grollt, und partout das kann

der Kanzler nicht vortragen, denn er horcht, wieder nach den "Ruhr-Nachrichten", "auf jedes Raunen in der Menge!"

x

Im übrigen, wer an Vorzeichen glaubt, der kann getrost sein. Der Kanzler hat zum dritten Mal seinen Wahlkampf in der "Höhle des roten Löwen", in Dortmund, eröffnet. Am 13. Mai 1950 zu den Landtagswahlen, die die CDU Zehntausende von Stimmen kostete. Am 12. Oktober 1952 zu den Kommunalwahlen, die für die CDU mehr als windschief ausgingen. Warum soll der 26. Juli 1953 eine andere Bedeutung haben?

x

Zuletzt ein Trost: Wer durch der Parteien Haß und Gunst verwirrt, der wähle Dr. Dr. Dr. Keller, der noch rechtzeitig in Bayern die "Partei der Nichtparteiangehörigen" gegründet hat. Ein Programm hat der dreidimensionale Doktor zwar nicht, außer der verkündeten "Parteifreiheit". Doch wenn er recht laut ruft "Die Parteien sind tot, es lebe die Partei" - ein Fähnlein der sieben "Aufrechten" wird schon zusammenkommen. Nach dem Vereinsgesetz genügen aber auch schon drei.

+ + +

Eine glatte Fälschung!

Wir lesen in der Bielefelder "Freien Presse":

Mit einem plumpon Schwindel versucht die der CDU nahestehende "Westfalenpost" (Hagen) in ihrer Ausgabe vom 28. Juli, den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Wilhelm Mellies, und damit auch die SPD der Religionsfeindlichkeit zu bezichtigen.

Die "Westfalenpost" berichtet an besonders auffälliger Stelle über ein Flugblatt, das Mellies in den Jahren 1946/47 angeblich verfaßt und verbreitet haben soll. Mellies soll damals geschrieben haben: "Ich bin der Meinung, daß die Frage Religion und Sozialismus schon vor 1933 hätte viel radikaler behandelt und geklärt werden müssen, dann wäre der Stamm der alten Parteigenossen mit diesem Ballast nicht mehr belastet... Wenn aber alte, in der Parteibewegung ergraute Genossen noch Mitglied der Kirche sind, so zeigt das, wie wenig sich diese mit dem eigentlichen Wesen der Partei befaßt haben".

Wilhelm Mellies, der bei der bevorstehenden Bundestagswahl im Kreis Lemgo kandidiert, erklärt zu dieser Notiz:

"Die Meldung ist eine glatte Fälschung! Ein solches Flugblatt habe ich nie verfaßt und auch nie verteilt. Allein die Tatsache, daß ich zeit meines Lebens der Kirche angehört habe, und heute angehöre, läßt darauf schließen, daß von mir ein Flugblatt nie in diesem Sinne geschrieben worden ist".

Mellies Einstellung zur Kirche ist allgemein bekannt. Sie hätte deshalb auch den CDU-Politikern der "Westfalenpost" bekannt sein müssen. Es wäre für sie ein leichtes gewesen, das angebliche Flugblatt als eine plumpe und infame Fälschung zu erkennen. Die Tatsache, daß sie die Fälschung ohne Rückfrage bedenkenlos veröffentlichten, läßt darauf schließen, was man von dieser Seite im Wahlkampf an verlogener Wahlpropaganda noch alles erwarten darf.

+ + +

"Die Alliierten des Kanzlers"

Den kürzlich veröffentlichten Zitaten aus der Auslandspresse fügen wir heute einige weitere beweiskräftige Stimmen zum Thema "Die Alliierten des Kanzlers" hinzu:

"Westdeutschland ist in der günstigen Lage, zwei große Parteien zu besitzen - die Christlichen Demokraten und die Sozialdemokraten - die sich gegenseitig eine Alternative anbieten... Umso bedauerlicher ist es, daß die amerikanische Regierung sich die Mühe macht, die Regierungspartei offen zu unterstützen, wie es Präsident Eisenhower letzte Woche in seinem Brief an Dr. Adenauer tat. Wenn die europäischen Völker über innenpolitische Fragen selbst debattieren, sind ihnen ausländische Geschenke an die eine oder die andere Seite nicht willkommen. Ausländische Erklärungen zugunsten des Bundeskanzlers können ihnen vielleicht an den Wahlen eher schaden als helfen".

"Times" 21.7.53

x

"Der Brief, den Präsident Eisenhower an Bundeskanzler Dr. Adenauer richtete, mutet eher wie ein Zeugnis an, in dem die gute Führung des Bundeskanzlers bestätigt wird".

"Manchester Guardian" 28.7.53

x

"Der Beschluß, 'Ende September' die Konferenz abzuhalten, bedeutet, daß sie nach den westdeutschen Wahlen stattfinden wird, die Wahlchancen von Bundeskanzler Adenauer also kaum beeinträchtigt werden. Der Kern des Kompromisses (in Washington) liegt darin, daß die Stellung des Westens zur deutschen Frage genau so bleibt wie sie vor dem Tode Stalins war".

"New York Times" 19.7.53
(Leitartikel)

x

"Informierte Beobachter sind mehr und mehr von der wachsenden Kühnheit beeindruckt, die von neo-nazistischen Splittergruppen und zahlreichen nationalistischen Kriegsteilnehmer-Verbänden an den Tag gelegt werden, sowie von den offenen Anstrengungen der Regierungs-Koalitionsführer, diesen Gruppen im Hinblick auf den nahenden Wahltermin vom 6. September den Hof zu machen.

Diese Beobachter sind nicht identisch mit offiziellen Stellen der Vereinigten Staaten. Denn Washington hat diese Gruppen (der Neo-Nazis usw.) in die Richtung gelenkt, eine Politik zu treiben, die hauptsächlich dahingeht, Bundeskanzler Konrad Adenauers Koalition behilflich zu sein, die Wahl zu gewinnen. Und zwar weil die Rückkehr der Koalition an die Macht für die Durchführung des Planes der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft unerlässlich ist.

Die offiziellen Stellen der US-Regierung haben auch eiserne Instruktionen von Washington erhalten, die Möglichkeit einer Alternative zum EVG-Vertrag weder in Betracht zu ziehen, noch auch nur zu diskutieren.

Die beiden letzten von Washington ausgehenden und von offiziellen US-Stellen in Deutschland durchgeführten Schachzüge, um der Adenauer-Koalition im Wahlkampf zu helfen, waren 1) der Plan, für 15 Millionen Dollar Lebensmittel in die Ostzone zu schicken und 2) die Deutschen aufzufordern, an den beratenden Ausschüssen teilzunehmen, welche die Fälle der in Haft befindlichen Kriegsverbrecher revidieren. Die Führer der Kriegsteilnehmer-Verbände haben schnell begriffen, was das Lebensmittelprogramm und die Revisionsausschüsse für verurteilte Kriegsverbrecher bedeuten, nämlich genau das, was mit ihnen beabsichtigt war - eine psychologische Wahlvorbereitung".

"New York Times" 24.7.53
(M.S. Handler, Deutschland-Korrespondent)